

# The Governance Report 2017

## Fokus: Demokratische Innovationen

Demokratische Werte und Prinzipien geraten weltweit zunehmend unter Druck. Die Debatte hierüber kreist um Probleme wie das schwindende Vertrauen der Bürger in die Politik, sinkende Wahlbeteiligung, wachsenden Populismus und das Aufkommen illiberaler Systeme. Wenig Aufmerksamkeit erhalten hingegen die Versuche, anti-demokratischen Tendenzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene entgegenzuwirken oder die Demokratie neu zu beleben. Dabei gibt es solche innovativen Ansätze durchaus. Oft steuern sie ein konkretes Teil-Ziel an, zum Beispiel die Erhöhung der Wahlbeteiligung. Andere Ansätze adressieren die Demokratiekrise grundlegend und zielen darauf ab, demokratische Systeme insgesamt zu festigen. *The Governance Report 2017* befasst sich mit der breiten Palette an demokratischen Innovationen.

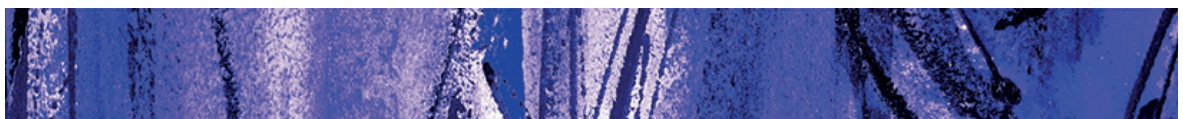
---

*The Governance Report 2017* wurde von einem Expertenteam unter Federführung der Hertie School of Governance verfasst. Es ist der fünfte Band einer Reihe, die neue Lösungsansätze für Governance-Probleme behandelt.

**Spannungen und Ungleichgewichte.** Demokratien sind keine statischen Systeme, sondern unterliegen – ähnlich wie Gesellschaft und Wirtschaft – graduellen oder auch unvorhergesehenen, sprunghaften Veränderungen. Die Widerstandsfähigkeit liberaler Demokratien basiert auf einer ständig neu zu findenden Balance zwischen den beiden grundlegenden Elementen eines demokratischen Systems: Volkssouveränität und Minderheiteninteressen. Es besteht eine inhärente Spannung zwischen diesen Elementen. Manchmal dominiert jedoch ein Element und ruft so eine Gegenreaktion hervor, beispielsweise wenn in Krisensituationen Sicherheitsbedürfnisse und Freiheitsrechte gegeneinander stehen.

Der Report beleuchtet Innovationen, die aus solchen Spannungsmomenten hervorgehen. Allerdings gehören solche Konflikte zum Charakter moderner Demokratien. Sie sollten nicht mit Erosion oder Zerfall gleichgesetzt werden. Damit Demokratien angesichts fundamentaler Zwiespalte widerstandsfähig bleiben, müssen bisherige Annahmen und Prozesse überprüft und innovative Lösungen gesucht werden. Zudem erfordert die Übertragung demokratischer Modelle in einen neuen Kontext Innovation. Aus diesem Grund scheinen Lateinamerika und Osteuropa – mehr als die etablierten Demokratien des Westens – Zentren solcher Innovationen zu sein.

Hertie School  
of Governance



**Demokratische Innovationen.** Die im Report vorgestellten Innovationen verfolgen eines oder mehrere der folgenden Ziele:

- **Die aktive Teilnahme am politischen Geschehen nicht nur zu erhöhen, sondern auch zu verbessern,** insbesondere dort wo Bürger unzufrieden und desillusioniert sind und kaum Interesse daran haben, zu wählen, sich in Parteien und Vereinen zu engagieren oder sich selbst zur Wahl zu stellen.
- **Bürgern Gehör zu verschaffen** und abgesehen von Wahlen Möglichkeiten zum Dialog und zur Teilhabe an Entscheidungsfindungsprozessen geben.
- **Legitimität von und Vertrauen in demokratische Abläufe zu stärken,** wenn traditionellen demokratischen Institutionen und Abläufen mit Skepsis begegnet wird, Verantwortung und Kompetenz in Frage gestellt werden oder die Politik Bürgerinteressen missachtet.
- **Institutionen zu schützen und die Rechtstaatlichkeit zu gewährleisten,** um eine Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, Mehrheits- und Minderheitsinteressen und in anderen Spannungsfeldern herzustellen und gleichzeitig das Aushöhlen von demokratischen Prinzipien zu verhindern oder zumindest einzugrenzen.

**Herausforderungen und Lösungsansätze.** Die im Report behandelten Innovationen befassen sich mit Symptomen und Ursachen der in etablierten Demokratien wahrgenommenen Krise oder tragen zur Widerstandsfähigkeit neuer Demokratien bei. Allerdings kann eine einzelne Innovation allein Populismus und Misstrauen der Bevölkerung nicht eindämmen oder Desinteresse und fehlendes Engagement verbessern. Gleichzeitig sehen demokratische Innovationen selten eine fundamentale Überarbeitung des demokratischen Systems vor und beinhalten daher keine radikalen Reformen. Grundlegende, systematische Veränderungen wie die Einführung von Lotterien statt Wahlen oder kürzere Amtszeiten könnten nur implementiert werden, wenn die Rolle von Parlamenten und die nationale und supranationale Machtbalance adäquat berücksichtigt würden.

Wie Beispiele aus Osteuropa und den USA zeigen, streben demokratische Innovationen eher langsame, schrittweise Veränderungen an, um Bestehendes zu verbessern anstatt es weitgehend oder gänzlich zu ersetzen. Das heißt aber nicht, dass kleinere Innovationen keine bedeutenden Auswirkungen haben können. Die automatische Wählerregistrierung in den USA mag beispielsweise auf den ersten Blick eine relativ unbedeutende Änderung sein, hat aber einen großen Einfluss auf die Teilhabe der Bürger. Ein vereinfachter Zugang zur Wahl und eine erhöhte Wahlbeteiligung können den Wahlausgang maßgeblich beeinflussen. Gleiches gilt für die Einführung der Möglichkeiten, bereits vor dem Wahltag oder per Briefwahl zu wählen.

Ungeachtet ihrer Ausgestaltung eignen sich Innovationen selten als Blaupause im Sinne einer Musterlösung, die einfach zu einem anderen Zeitpunkt oder in anderen Demokratien wiederholt werden können. Die länderübergreifende Analyse des Reports zeigt, dass Innovationen stark vom jeweiligen Kontext abhängig sind und dass Gegenmittel für die gegenwärtige Krise nur durch Ausprobieren, Experimentieren und Anpassen gefunden werden können.

**Zentrale Erkenntnisse.** Grundsätzlich lassen sich zwei Ergebnisse aus dem Report ableiten:

- **Demokratien stehen Mittel und Wege zur Verfügung, um auf die derzeitige Krise zu reagieren.** Ihnen liegt ein breites Repertoire an Möglichkeiten vor, mit denen sie Problemen begegnen können. Die aktuellen Herausforderungen werden mit Sicherheit zu weiteren Innovationen führen, doch in vielen Fällen könnte es reichen, auf die bereits vorhandenen Optionen hinzuweisen und auf die entsprechende Situation anzupassen. Denn die Widerstandsfähigkeit demokratischer Systeme erfordert in gleichem Maße ein Verständnis der Probleme und ein Bewusstsein für mögliche Lösungswege.
- **Demokratie erfordert ein ständiges Hinterfragen und Reflexion im Sinne einer permanenten Fürsorge.** Sie dient dazu, politische Kontrollmechanismen zu erhalten, Teilhabe zu erreichen, Verantwortlichkeit und Rechenschaft sicherzustellen, zentrale Themen wie Gerechtigkeit im Blick zu behalten und ein Bewusstsein für die Grenzen politischer Souveränität zu schaffen. Von wenigen Ausnahmen abgesehen ist solche Fürsorge jedoch Mangelware angesichts der weit verbreiteten Illusion, Demokratie brauche keine Pflege oder Instandhaltung. Diese Versäumnisse und die dadurch entstehenden Herausforderungen treiben jedoch auch die Suche nach Innovation an – und erinnern uns daran, dass die Arbeit am demokratischen Projekt niemals vollendet ist.

## Ausgewählte Innovationsansätze

Kategorie	Instrument/ Strategie	Herausforderung	Lösungsansatz
Von der Regierung initiierte direkt-demokratische Innovationen	Referenden	Misstrauen gegenüber gewählten Vertretern; Entscheidungsfindung wird als unrechtmäßig empfunden	Bürger können bei bestimmten Themen Entscheidungen per Abstimmung direkt beeinflussen
	Beratende Bürger-versammlungen	Nicht alle Meinungen finden bei politischen Entscheidungsprozessen Gehör	Entscheidungen sollten im Konsens aufgrund der besseren Argumente und nicht durch Manipulation oder dominierende Interessen gefällt werden
	Co-Governance	Legitimität von politischen Entscheidungen erhöhen	Strukturierte und institutionalisierte Bürgerbeteiligung bei politischen Entscheidungsfindungsprozessen
Durch Bürger initiierte Innovationen	Umwidmung von Massenprotesten	Erosion demokratischer Prinzipien durch Korruption, autoritäre Tendenzen und Zementierung von Mehrheitsverhältnissen	Massenproteste finden nicht mehr nur im Fall einer existenziellen Krise statt, sondern um Unzufriedenheit mit der Regierung, einzelnen Parteien oder Eliten auszudrücken
	Neue Formen der Protestorganisation	Hierarchisch organisierte Proteste lassen nur wenig Raum für eine sinnvolle Mitarbeit jedes einzelnen	Langfristige Besetzung öffentlicher Plätze mit individueller Beteiligung
	Neue Formen der Interessensvertretung durch Internetplattformen	Herkömmliche Interessensvertretung wird durch Schnellebigkeit und globale Einflüsse erschwert	Internetplattformen ermöglichen eine kurzfristige und themenspezifische Mobilisierung und vereinfachen Engagement
Wahlrechts-reformen	Automatische Wählerregistrierung	Wählerregistrierung als Hürde für die Teilnahme an Wahlen	Anlegen von automatischen Wahlregistern basierend auf anderen öffentlichen Verzeichnissen (z.B. Führerschein, Sozialversicherung)
	Offene Vorwahlen oder Präferenzrangliste	Niedrige Wahlbeteiligung bei Vorwahlen führen oft zu Kandidaten mit extremeren Ansichten als der Durchschnittswähler, wodurch die Polarisierung von Parteien verstärkt wird	Offene Vorwahlen mit einer Vielzahl von Bewerbern, bei der die beiden Kandidaten mit den meisten Stimmen unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit in den nächsten Wahlgang kommen
	Ausweispflicht	Potentielle Wahlfälschung	Ausweise können die Gültigkeit von abgegebenen Stimmen sicherstellen
	Unabhängige Kommission zur Festlegung von Wahlkreisgrenzen	Gerrymandering: Manipulierung von Wahlkreisgrenzen, um eine Partei oder einen Kandidaten zu bevorzugen oder den Wahlausgang zu beeinflussen	Parteiunabhängige Kommissionen werden mit der Festlegung von Wahlkreisgrenzen beauftragt
	Wahlalter senken	Jugendliche haben wenig Zugang zu oder Interesse an Politik und kommen erst spät mit politischer Bildung in Kontakt	Wahlalter auf nationaler oder regionaler/lokaler Ebene senken
	Quoten	Bestimmte Bevölkerungsgruppen sind in Parlamenten unterrepräsentiert	Durch garantierte Sitze kann die Repräsentation und Teilhaben benachteiligter Gruppen verbessert werden
	Neue/andere Formen der Stimmabgabe	Wähler, die nicht persönlich am Wahltag ihre Stimme abgeben können, geben ihr Wahlrecht auf	Wählern ermöglichen, auch in anderer Form ihre Stimme abzugeben, z.B. durch Briefwahl, online, aus dem Ausland oder vor dem eigentlichen Wahltag
Institutionelle Rahmenbedingungen	Institutionelle Schutzmaßnahmen für den Notstand	In Krisensituationen können Regierungen ihre Kompetenzen massiv ausbauen und gleichzeitig Bürger- und Grundrechte einschränken	Institutionen, Gesetze und Abläufe einrichten, um Erweiterung von Kompetenzen zu überprüfen oder einzuschränken
	Partei-Medien-Hybrid	Misstrauen gegenüber gewählten Vertretern und der Regierung	Politiker/Medienpersönlichkeiten nutzen ihre Medienpräsenz für politische Zwecke Parteien entstehen aus Medienformaten heraus
	Nicht gewählte, unabhängige Expertengremien	Unabhängige Kontrolle der Regierung, besonders wenn traditionellen Institutionen misstraut wird	Andere Kontroll- und Vertretungsverfahren neben Wahlen und Parlamenten schaffen; können auch von externen Akteuren oder Geldgebern, wie der EU, empfohlen oder sogar gefordert werden



Mit Beiträgen von:

- **Claus Offe** (Hertie School of Governance) reflektiert die Bedeutung demokratischer Innovationen und präsentiert konzeptionelle Überlegungen angesichts aktueller Herausforderungen.
- **Daniel Smilov** (Centre for Liberal Strategies) beleuchtet Beispiele aus Osteuropa und ordnet diese in den derzeitigen politischen Kontext ein.
- **Didi Kuo** (Stanford University) verdeutlicht den Mangel an Innovationen in den USA, der durch einen Konflikt zwischen nationaler und bundesstaatlicher Ebene entsteht.
- **Thamy Pogrebinschi** (Wissenschaftszentrum Berlin) untersucht Innovationen in Lateinamerika und welche Lehren hieraus für andere Regionen gezogen werden können.
- **Matthias Haber** (Hertie School of Governance) analysiert weltweite Muster und Trends bei den Beteiligungsformen von Bürgern.
- **Ewa Atanassow** (Bard College Berlin) und **Ira Katznelson** (Columbia University) stellen innovative Mechanismen für Demokratien in Krisensituationen vor.
- **Wolfgang Merkel** (Wissenschaftszentrum Berlin) zeigt die Grenzen direktdemokratischer Innovationen in etablierten Demokratien auf.
- **Donatella Della Porta** (Hertie School of Governance und Scuola Normale Superiore) und **Andrea Felicetti** (Scuola Normale Superiore) befassen sich mit der Rolle sozialer Bewegungen als Quelle und Förderer von Innovationen.
- **Nina Hall** (Hertie School of Governance) untersucht wie digitale Kommunikation und die Möglichkeiten des Internets Interessenvertretung verändern.

Der Report enthält auch kurze Beiträge von **Anke Hassel** und **Nicole Helmerich**, **Olga Kononykhina**, **Alina Mungiu-Pippidi**, **Jean Pisani-Ferry** und **Andrea Römmele** (alle Hertie School of Governance).

*Managing Editor:* **Regina A. List**, Hertie School of Governance; *Associate Editor:* **Sonja Kaufmann**, Hertie School of Governance

### **The Governance Report 2017**

(ISBN 978-0-19-878732-7) ist erhältlich bei Oxford University Press und im Buchhandel.

### **Bisher in der OUP Governance Report-Reihe erschienen:**

- *The Governance Report 2016*
- *The Governance of Infrastructure*
- *The Governance Report 2015*
- *Beyond the Crisis: The Governance of Europe's Economic, Political, and Legal Transformation*
- *The Governance Report 2014*
- *The Problem-solving Capacity of the Modern State: Governance Challenges and Administrative Capacities*
- *The Governance Report 2013*
- *Governance Challenges and Innovations: Financial and Fiscal Governance*

Weitere Informationen unter

[www.governancereport.org](http://www.governancereport.org)

Die **Hertie School of Governance** ist eine staatlich anerkannte, private Hochschule mit Sitz in Berlin. Ihr Ziel ist es, herausragend qualifizierte junge Menschen auf Führungsaufgaben im öffentlichen Bereich, in der Privatwirtschaft und der Zivilgesellschaft vorzubereiten. Mit interdisziplinärer Forschung will die Hertie School zudem die Diskussion über moderne Staatlichkeit voranbringen und den Austausch zwischen den Sektoren anregen. Die Hochschule wurde Ende 2003 von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung gegründet und wird seither maßgeblich von ihr getragen.

*Pressekontakt:*

#### **Regine Kreitz**

Head of Communications  
Hertie School of Governance  
Friedrichstr. 180, 10117 Berlin, Germany  
Tel. +49 (0)30 25 92 19-113  
Fax +49 (0)30 25 92 19-444  
[kreitz@hertie-school.org](mailto:kreitz@hertie-school.org)